



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Note „mangelhaft“ für Energiewende

Ein glattes „mangelhaft“ hat der Bundesrechnungshof der Bundesregierung für die bisherige Umsetzung und Steuerung der Energiewende durch das federführende Wirtschaftsministerium gegeben. Fast 20 Jahre nach dem rot-grünen Atomausstieg und sieben Jahren nach Fukushima habe der politisch forcierte Ausbau von Solaranlagen und Windparks alleine über die EEG-Förderumlage eine dreistellige Milliardensumme zulasten von Verbrauchern und Mittelstand verschlungen. Die deutschen Stromkosten seien die höchsten in Europa. Trotz dieser gewaltigen Subventionen könne die Bundesrepublik ihre Klimaziele nicht erfüllen. Außerdem halte der Aufbau der Netze nicht ansatzweise mit dem Ausbau der regenerativen Stromerzeugung mit. Neben dem Zuständigkeits-Wirrwarr durch die Beteiligung von 34 Referaten in vier Abteilungen kritisiert die Bonner Bundesbehörde das Fehlen von quantitativen Zielgrößen und Messwerten. Der enorme Aufwand und die großen Belastungen für Bürger und Wirtschaft stünden „in krassem Missverhältnis zu dem bisher dürftigen Ertrag.“ Schon heute gilt die Energiewende als abschreckendes Beispiel für ein mit heißer Nadel konzipiertes Politprojekt, das weltanschauliche Wunschvorstellungen über reale Machbarkeiten und volkswirtschaftliche Notwendigkeiten gestellt hat.

Mengenwachstum beim Energieverbrauch

Der Energieverbrauch der Privathaushalte ist 2017 um 1,5 % auf 679 Milliarden Kilowattstunden gestiegen. Der durchschnittliche Energieverbrauch verteilt sich zu 70 % auf das Heizen, zu 14 % auf Warmwasser, zu 8,2 % auf Haushaltsgeräte, zu 5,6 % auf Kochen, Trocknen und Bügeln sowie 1,5 % auf Beleuchtung. War der private Energieverbrauch von 2000 bis 2014 noch stark rückläufig, so hat er seitdem trotz moderner Energiespartetechnik stetig zugenommen. Zurückzuführen ist der Anstieg vor allem auf das Anwachsen der Bevölkerung um 3 % von 2010 bis 2017. Außerdem stieg der Anteil von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten, die einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch haben als Mehrpersonen-Haushalte. Aber auch die Energieintensität, also der Verbrauch von Heizenergie pro Quadratmeter Wohnfläche, hat sich seit 2014 erhöht.

Deutlicher Anstieg der Baupreise

Auch die Baupreise bewegen sich weiter nach Norden. Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude lagen im August 4,6 % über Vorjahresniveau, was den stärksten Anstieg seit elf Jahren ausmacht. Ausbaurbeiten sind im Durchschnitt um 3,9 % teurer geworden, Heiz- und zentrale Warmwasseranlagen um 3,6 %. Die Kosten für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden stiegen um 4,1 %. Auch bei Bürogebäuden (+4,7 %) und gewerblichen Betriebsgebäuden (+4,8 %) legten die Preise erheblich zu. Deutliche Aufwärtsbewegung gab es auch bei den Personalkosten: Die Löhne der Bauarbeiter wachsen in diesem Jahr im Westen um 5,7 % und im Osten um 6,6 %.

Preisanstieg beim Energieverbrauch

Der Energieverbrauch legt hierzulande nicht nur mengenmäßig zu, sondern auch kostenmäßig. Die deutschen Privathaushalte können sich auf steigende Heizkosten einstellen. Nach vier Jahren rückläufiger Preise erwartet das Deutsche

Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass sich die „zweite Miete“ schon bald verteuern wird. Aktuell haben die Heizölpreise den Stand von 2014 erreicht, während sich Erdgas (noch) auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau hält. Das ursprüngliche Ziel der Bundesregierung, den Wärmebedarf von Gebäuden bis 2020 gegenüber 2008 um 20 % zu reduzieren, wird weit – nämlich um 16,5 % - verfehlt werden. Das DIW kommt zu dem Schluss: „Ohne eine deutliche Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden sind die Klimaziele nicht zu erreichen.“ Vor dem Hintergrund der Kostensteigerung und des Klimaschutzes dürfte das Interesse der Privathaushalte an der Anschaffung moderner Heizungen wieder anziehen.

Höhenluft beim Wohnungsgipfel

Im September hat die Bundesregierung beim „Wohnpapier“ in Berlin ein Eckpunktepapier zur Bekämpfung der Wohnungsnot vorgelegt. Vorgesehen ist, den sozialen Wohnungsbau bis 2021 mit 5 Mrd. Euro zu unterstützen, den Bau preisgünstiger Wohnungen durch Steueranreize für Bauherren zu fördern und ab 2020 das Wohngeld für bedürftige Haushalte zu erhöhen. Außerdem soll die sogenannte Mietpreisbremse verschärft werden. Experten haben das Konzept als unzureichend kritisiert. Es fehle an konkreten, wirkungsvollen und kontinuierlichen Maßnahmen für die dauerhafte Entstehung neuen Wohnraums. Das Eckpapier liefere nur vage Ansätze für eine Entbürokratisierung der Baugenehmigungsverfahren und für die Ausweisung von mehr Bauland. Als positiv wird einzig die Investition von 5 Mrd. Euro in den sozialen Wohnungsbau eingestuft. Ein ganz anderer Aspekt wird meist übersehen: Sollte die EZB die Basiszinsen schrittweise auf ein „normales“ Niveau anheben, so werden andere Anlageformen wie Staatsanleihen aus Sicht der Anleger wieder stärker mit Immobilien konkurrieren. Welche Auswirkungen diese Normalisierung auf die mehrfach von der Bundesbank beanstandete Immobilienblase haben wird, ist derzeit nicht absehbar. Es gibt Kenner der Materie, die in diesem Fall mit einem massiven Einbruch der Neubautätigkeit und einem erheblichen Preisverfall rechnen.

Barrierefreier Zukunftsmarkt

Ende 2017 lebten rund 17,7 Mio. Menschen ab 65 Jahren in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 21,4 % an der Gesamtbevölkerung. Innerhalb der letzten 20 Jahre hat sich der Anteil dieser Altersgruppe um 36,6 % erhöht. Die Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit von Maßnahmen zur schnelleren Bereitstellung barrierefreier Wohnungen. Verschärft wird die Lage durch die Tatsache, dass hierzulande bereits 2,6 Mio. Menschen als pflegebedürftig gelten. 42 % davon werden von ihren Angehörigen zuhause gepflegt, 25 % werden zuhause von Pflegekräften (mit) versorgt. Wenn es also in deutschen Haushalten bereits über 1,74 Mio. Pflegefälle gibt, so resultiert daraus erheblicher Bedarf an behindertengerechter Ausstattung. Das gilt vor allem für den Sanitärbereich, wo die barrierefreie Ausstattung die Pflege der betroffenen Menschen deutlich erleichtert. Irgendwann wird der derzeitig vielerorts heiß gelaufener Auftrags-Boom beim SHK-Handwerk abkühlen. Vorausschauende Betriebe sind gut beraten, den demografisch gesicherten Wachstumsmarkt der barrierefreien Badmodernisierung nicht zu vernachlässigen.